FLÜCHTLINGSKRISE 18.01.2016 | Filippo Grandi & Helen Clark

Flüchtlinge sind Unternehmer, Lehrer, Techniker

Beenden wir die weltweite wirtschaftliche Ausgrenzung von Flüchtlingen.

Wir leben in einem Zeitalter, in dem Menschen in beispiellosem Ausmaß vertrieben werden. Im Jahr 2015 waren täglich 42.500 Menschen aufgrund von Konflikten und Verfolgung zur Flucht gezwungen, beinahe viermal mehr als 2010. Mittlerweile sind fast 60 Millionen Menschen gewaltsam vertrieben worden – eine Krise, wie sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr eingetreten ist.

Diese Entwicklung ist inakzeptabel, aber nicht unvermeidlich. Im Jahr 1945 reagierte die Welt auf den tödlichsten Konflikt in der Menschheitsgeschichte mit der Gründung der Vereinten Nationen. Heute rufen wir als Chefs des UN-Flüchtlingskomissariats sowie des Entwicklungsprogramms die Welt auf, diesem monumentalen Umbruch zu begegnen, indem man den Menschen jene Instrumente in die Hand gibt, die sie brauchen, um ihr Leben wieder aufzubauen. Wir sind der Ansicht, dass der Weg in die Zukunft mit den nachhaltigen Entwicklungszielen 2030 beginnt, die von den Vereinten Nationen letzten September mit dem Versprechen, im Kampf gegen Armut und Ungleichheit „niemanden zu vergessen“, einstimmig verabschiedet wurden.

Der aktuelle Ansatz der internationalen Gemeinschaft hinsichtlich Vertreibung besteht hauptsächlich aus humanitärer Hilfe, die rasche lebensrettende Maßnahmen vorsieht, während eine permanente Lösung erarbeitet wird. Doch diese Lösungen sind heute schwieriger zu erreichen als jemals zuvor. Lediglich 1 Prozent der Flüchtlinge konnte 2014 wieder in ihre jeweilige Heimat zurückkehren. Die große Mehrheit der Vertriebenen verbringt nicht nur Tage oder Monate im Exil, sondern Jahre oder Jahrzehnte und manchmal sogar ihr ganzes Leben. Sie laufen Gefahr, vergessen zu werden.

Man denke an Somaya, einen Flüchtling der dritten Generation in Kenia. Vor Jahrzehnten floh ihre Großmutter vor dem brutalen Konflikt in

Somalia in das Flüchtlingslager Hagadera. Somayas Mutter wurde dort ebenso geboren wie sie selbst. Keine von ihnen hat je einen Fuß außerhalb des 13 Quadratkilometer großen Lagergeländes gesetzt. Sie leben noch immer aus den Koffern ihrer Großmutter und warten auf die Chance, weiterzuziehen.

Allzu oft sind Flüchtlinge mit Einschränkungen hinsichtlich ihrer Arbeitsmöglichkeiten und ihrer Bewegungsfreiheit konfrontiert, wodurch es beinahe unmöglich wird, für ihre Familien zu sorgen oder einen Beitrag in ihren Aufnahmeländern zu leisten.

Ebenso wie Somaya leben die meisten Flüchtlinge in Entwicklungsländern. Dennoch stehen Entwicklungsorganisationen, die diesen Flüchtlingen helfen können, vor dem Problem unzureichender Finanzierung und strikter Regulierungen, die sie daran hindern, sich um die Bedürfnisse der Flüchtlinge zu kümmern.

Langfristige Vertreibung stellt für Menschen wie Somaya eine schwere Belastung dar. Allzu oft sind Flüchtlinge mit Einschränkungen hinsichtlich ihrer Arbeitsmöglichkeiten und ihrer Bewegungsfreiheit konfrontiert, wodurch es beinahe unmöglich wird, für ihre Familien zu sorgen oder einen Beitrag in ihren Aufnahmeländern zu leisten. Sie hängen in der Luft und es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als auf humanitäre Hilfe angewiesen zu sein. Oder sie sind gezwungen, sich ihren Lebensunterhalt im informellen Sektor zu verdienen, wodurch sie Gefahr laufen, verhaftet oder zu Opfern sexueller Ausbeutung, Kinderarbeit und anderem Missbrauch zu werden.

Man bedenke ein weiteres Beispiel: Anas, ein 13-jähriger syrischer Flüchtling im Libanon. Seine Familie kann ohne die 5 Dollar, die er jeden Tag verdient, nicht überleben. Anstatt zur Schule zu gehen, sortiert er Kohlestücke, die als Brennstoff verkauft werden. Flüchtlinge wie Anas ringen also um die Ausübung jener Rechte – auf Bildung, Gesundheitsversorgung, Reisefreiheit und Zugang zu Arbeit, Land und Unterkunft – die entscheidend sind, um der Armut zu entkommen.

Die Lösung dieser Probleme erfordert politische und wirtschaftliche Änderungen, die es den Entwicklungsorganisationen ermöglichen, mehr Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Die Beziehung zwischen Entwicklung und Vertreibung liegt klar auf der Hand und wir müssen beginnen, diese Herausforderungen als Bereiche gemeinsamer

Verantwortung zu betrachten.

Vertreibung in hohem Ausmaß belastet die öffentlichen Ressourcen auch in Ländern mittleren Einkommens. Ohne ausreichende Hilfe von außen können damit Jahre des Fortschritts zunichte gemacht werden. Bis den Aufnahmeländern und den dort lebenden Flüchtlingen mehr und bessere Unterstützung zur Verfügung gestellt werden, müssen wir damit rechnen, immer höhere Summen für humanitäre Programme auszugeben, die niemals auslaufen.

Es ist an der Zeit, sich von dem klischeehaften Image des Flüchtlings als untätig herumsitzendem, handaufhaltendem, passivem Hilfeempfänger zu verabschieden.

Aber es gibt auch eine andere Seite der Medaille. Ermöglicht man Vertriebenen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und ihre Ambitionen zu verfolgen, schaffen sie neue Wachstumschancen. Aus diesem Grund müssen die Entwicklungsorganisationen über mehr Flexibilität verfügen, wenn es darum geht, sich neuer Zyklen der Armut und Unsicherheit – wo immer diese auch auftreten – anzunehmen, bevor diese außer Kontrolle geraten.

Es ist an der Zeit, sich von dem klischeehaften Image des Flüchtlings als untätig herumsitzendem, handaufhaltendem, passivem Hilfeempfänger zu verabschieden. Wenn überhaupt, ist dieses Image Ausdruck der Umstände, die man Flüchtlingen aufgezwungen und durch die unzureichenden Reaktionen der Welt noch verstärkt hat. Flüchtlinge sind Unternehmer. Sie sind Künstler. Sie sind Lehrer, Techniker und Arbeitskräfte aller Art. Sie bilden eine ergiebige Quelle an Humankapital, die wir nicht erschließen.

Die internationale Gemeinschaft kann es sich nicht mehr leisten, dieses Potenzial außer Acht zu lassen oder untätig zu bleiben, während die Schwächsten an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Wenn in den Schlagzeilen die Aufmerksamkeit auf den hohen menschlichen Preis dieser Tragödien gelenkt wird, müssen wir uns daran erinnern, dass wir die Wahl haben, anders als nur geschockt zu reagieren.

Wir können der wirtschaftlichen Ausgrenzung derjenigen eine Absage erteilen, die unter uns leben, aber anderswo geboren wurden. Wir können unsere Bemühungen um politische Lösungen für Konflikte und Verfolgung verstärken. Wir können Partnern im Bereich humanitärer Hilfe und Entwicklung die Zusammenarbeit ab dem Zeitpunkt ermöglichen, an dem eine Krise ausbricht. Kurzum: wir können unser Versprechen „niemanden zu vergessen“ einfach einhalten.



Filippo Grandi

Filippo Grandi ist seit 2016 VN-Hochkommissar für Flüchtlinge. Von 2010 bis 2014 leitete er das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA).



Helen Clark

Helen Clark ist ehemalige Premierministerin von Neuseeland und Leiterin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen UNDP.

7 LESERBRIEFE

Reinhold Schramm schrieb am 14.01.2016

Von der idealistischen Brückenbauerideologie zur ungeschminkten Realität.

Selbst ein akademischer Titel macht noch keinen Nachweis einer beruflichen Befähigung, Eignung und Qualifikation. Das Schulbildungs- und Berufsausbildungsniveau in den wirtschaftlichen und sozialen Schwellen- und Entwicklungsländern entspricht nicht den Mindestanforderungen in den Wirtschaftsmetropolen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Diese Differenz in den Qualifikationen wird zudem noch durch die Kriegs- und Krisenentwicklung in den Herkunftsländern seit Jahren verschärft. So verfügen 87 Prozent der bei den bundesdeutschen Arbeitsagenturen gemeldeten Personen mit Migrationshintergrund über keine geeignete berufliche Qualifikation. "Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass die Beschäftigungsquote von Flüchtlingen von unter zehn Prozent im Zuzugsjahr fünf Jahre nach dem Zuzug auf knapp 50 Prozent steigt." [Vgl. IAB, Aktuelle Berichte, 14/2015] Die übergroße Mehrheit der Flüchtlinge bedarf der dauerhaften gesetzlichen Grundsicherung bzw. Sozialhilfe und/bzw. Lohnaufstockung in den nächsten Jahren und voraussichtlich für weitere Jahrzehnte.
Eine Voraussetzung für eine auskömmliche Integration wäre eine angemessene finanzielle und materielle

Personal- und Sozialpolitik. Diese hierfür notwendige soziale Gesellschafts- und Integrationspolitik gibt es aber derzeit nicht in Deutschland. Ja, sie existiert selbst auch nicht für die bereits vorhandenen (offiziell) 2,8 Millionen Arbeitslosen. Und insgesamt auch nicht für die rund 13 Millionen (statistischen) Armen in der Bundesrepublik Deutschland!

Elisabeth Schwabe schrieb am 19.01.2016

Nein, ich glaube nicht daran, dass es eine Lösung ist die Menschen in deren Ländern Not, Unterdrückung, Krieg herrscht nach Europa zu holen!
Faire Politik ist notwendig! Schul- und Meldepflicht muss überall gesetzlich durchgeführt und kontrolliert werden!
Deren Not darf in Europa nicht ausgenutzt werden!
Fairer Arbeitslohn und Gesundheit- Schutz muss überall zu 100% sicher sein!
Völkerwanderungen und Unruhen, Demos und Gegendemonstrationen müssen nicht politisch provoziert werden!

Eberhard Denker schrieb am 19.01.2016

Ich habe erhebliche Zweifel, ob wirklich 60 Millionen Menschen "gewaltsam vertrieben" worden sind, wie Herr Grandi sagt.
Zählen dazu nicht auch die jungen Tunesier, Marokkaner, Algerier, Serben und Mazedonier, die sich - ohne ihre Familien - auf den Weg nach Mitteleuropa gemacht haben? Diese fliehen, weil in Deutschland/Schweden/Dänemark bessere Einkommenschancen bestehen und/oder es deutlich weniger Anforderungen des Staates gibt: keine Militärpflicht und das Recht auf Sozialleistungen, die höher liegen als in der Heimat.
Herr Grandi/Frau Clark, bitte überlegen Sie doch, wie Sie eine der wichtigsten Ursachen in Ländern mit hoher Armut beseitigen können: die Geißel Korruption und der Machterhalt derer, die ihrer Bevölkerung keine Bildungschancen geben. Unser Geld wird nichts ausrichten!

Benedikt Rübenkopf schrieb am 19.01.2016

Die Bundesregierung befindet sich in einem Dilemma.

Nur 0,1 % der registrierten Flüchtlinge erhalten tatsächlich Asyl, da individuelle Verfolgung nachgewiesen werden muss. Ein großer Teil wird nur »geduldet«, diese Menschen dürfen aber nicht in Deutschland arbeiten, da dies ja Anreize für weitere potentielle Flüchtlinge schüfe, nach Deutschland zu kommen. So kosten diese »Geduldeten« nur Geld, auch wenn sie einen Teil zur Wirtschaftsleistung beitragen könnten. Aber dann müssten sie ja arbeiten dürfen, folglich kämen dann neue Flüchtlinge und diese kosteten wieder Geld …

Roland Kupka schrieb am 20.01.2016

Diese Leute die zu uns kommen sind Hochqualifizierte Arbeitskräfte und Personen. Die Besten Ihres Landes. Sudan, Syrien, Ukraine, etc. Motivirt usw. Und nebenbei gute Demokraten. Eben die Elite von der sie herkommen. Leider Brain-Drain für uns.Ich fühle mich als Deutscher sehr geehrt diese Leute aufnehmen zu können.
Also, die sind keine Immigranten! Wir haben in unser modernen Gesellschaft die Freiheit (Liberty, Liberté) die Möglichkeit frei zu Wählen auf welchem Territorion wir Leben möchten. (Z.B. Schengen) Dieses gilt nun auch für

die Welt. Ein internationales 'Schengen'. Um diese 'Migranten' aufzunehmen (Integrieren, willkommen-heissen, etc) bedarf es 4 dinge. a) Unterkunft, b) Irgendwie etwas Geld. c) Beruf d) L'Amour, integration sociale.d) Sport

---

Oliver Wagner schrieb am 21.01.2016

Herr Grande und Frau Clark haben ihren Wohnsitz offenbar nicht in Europa. Ich empfehle ihnen einen Besuch der Aufnahmestellen für Flüchtlinge, um sich ein Bild von den ankommenden Menschen zu machen und sich veröffentlichte Statistiken vom Bildungsniveau und dem Alter der Flüchtlinge anzusehen. Unternehmer oder Arzt mit 23 Jahren, aber 40 Jahre Erfahrung :-)
Integration und Qualifikation dauern Jahre und kosten viel Geld. Geld was die Steuerzahler nicht zahlen können und Betuchte nicht zahlen wollen.
Warum nehmen die USA keine Flüchtlinge auf? Sie sind als High Tech Land doch auch an hochqualifizierten Menschen interessiert! Oder sollte sich das geändert haben?

Klaus schrieb am 23.01.2016

Mir ist nicht klar,von welcher Flüchtlingssituation die beiden Autoren sprechen. Sicher nicht von der gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik. Von den aus den asiatischen Ländern einreisenden Flüchtlinge sind ca.30% Analphabeten.Von den afrikanischen Flüchtlingen handelt es sich in überwiegender Mehrzahl um junge Männer mit einem ordentlichen Schwung Abenteuerlust und mit einer Auffassung von Arbeit, die nicht nur in Deutschland sondern auch in ganz Europa nicht akzeptabel ist.